

# Geldsegen überrascht vier Kantone

**Gewinnausschüttung** Luzern erhält von der Nationalbank heuer 64 statt wie erwartet 32 Millionen Franken. Dennoch will Finanzdirektor Marcel Schwerzmann auch künftig vorsichtig budgetieren. Schwyz, Zug und Nidwalden haben ebenfalls mit weniger Geld gerechnet.

**Lukas Nussbaumer**  
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Es sind freudvolle Worte, die der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann in seinem Kommentar zur Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wählt. Der Rückenwind der SNB komme für Luzern «im richtigen Moment», die mittelfristigen Finanzperspektiven würden sich dank der ausbezahlten 64 Millionen Franken «positiv präsentieren».

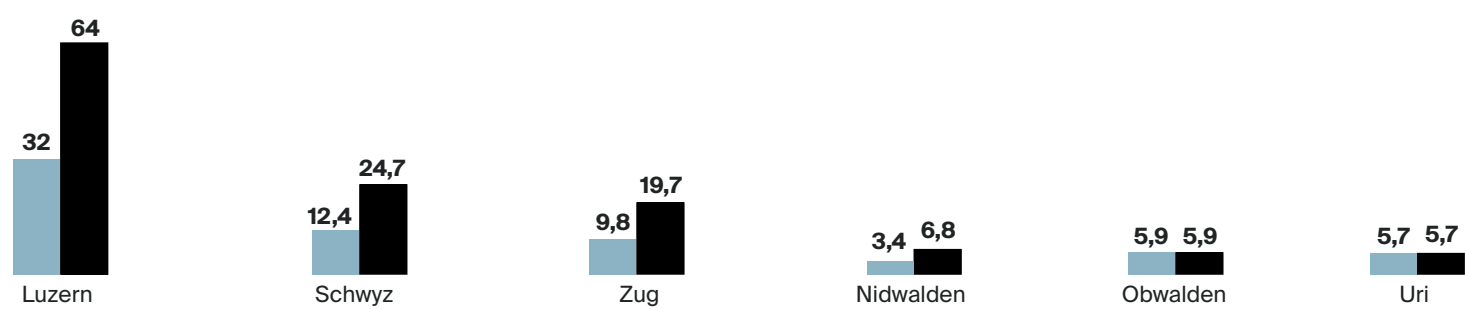
Erwartet hat der parteilose Krienser Regierungsrat nämlich nur 32 Millionen (siehe Grafik). Auch Kaspar Michel, Heinz Tännler und Alfred Bossard, die Finanzdirektoren von Schwyz, Zug und Nidwalden, haben nicht mit dem gestern kommunizierten Geldsegen gerechnet.

## Schwerzmann erinnert an die Folgen der Finanzkrise

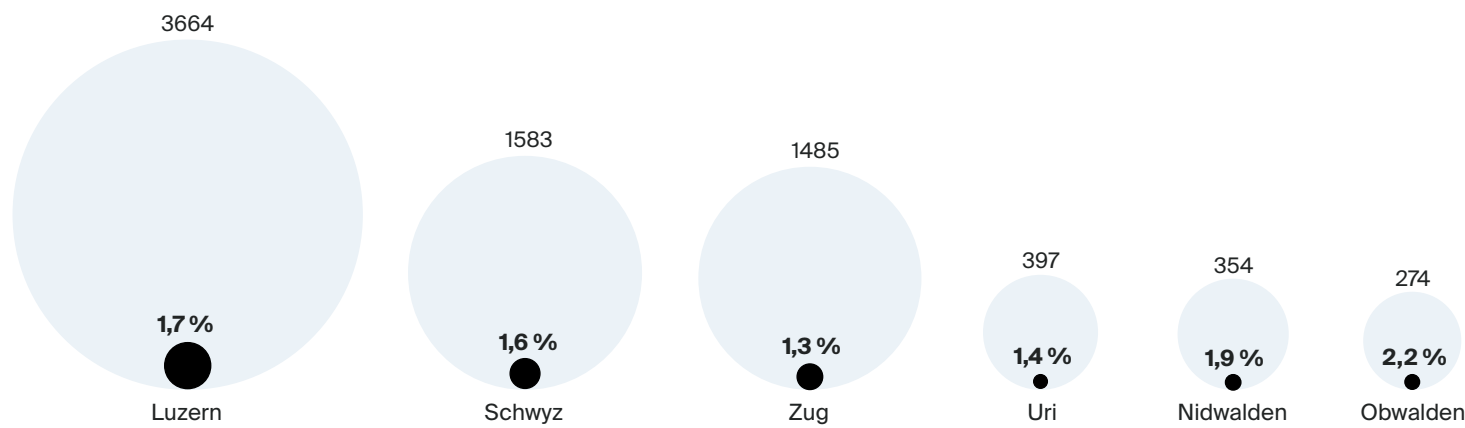
Trotz der wie schon im letzten Jahr und auch schon 2015 erfolgten doppelten Gewinnausschüttung will Marcel Schwerzmann an der konservativen Planung der Erträge festhalten. «Es wäre reine Spekulation, für die kommenden Jahre die doppelte Ausschüttung wiederkehrend zu budgetieren.» Es gehe nämlich leicht vergessen, dass 2014 als Folge der Finanzkrise gar keine Gelder verteilt worden seien.

Dank den 32 zusätzlichen SNB-Millionen werde der Kanton Luzern seine Rechnung für das

## Ausschüttung Schweizerische Nationalbank (SNB) an Kantone 2019 (in Mio. Franken)



## Gesamteinnahmen der Kantone 2019 (in Mio. Franken) und Anteil SNB-Einnahmen (in Prozent)



Quelle: Kantone; Grafik: Lea Siegart

laufende Jahr «möglicherweise ausgeglichen» gestalten können, hofft Schwerzmann. Budgetiert ist ein Minus von 26,3 Millionen Franken, während für 2020 und 2021 leichte Überschüsse veranschlagt sind. 2022 wiederum ist ein kleines Defizit geplant.

Um diese budgetierten Werte zu erreichen, muss jedoch eine ganze Reihe von regierungsrätlichen Annahmen eintreffen. Dazu gehören sowohl ein Ja zur kantonalen Steuergesetzrevision als auch zur Aufgaben- und Finanzreform (AFR) 2018. Beide Geschäfte sind

hochumstritten und dürften vom Kantonsrat nicht in jener Version verabschiedet werden, welche die Regierung vorgeschlagen hat. Nötig für das Erreichen der Planwerte ist auch ein Ja des Schweizer Stimmvolks zur Steuervorlage des Bundes.

Aussagen zum vergangenen Rechnungsjahr will Schwerzmann keine machen – der Abschluss sei weder revidiert noch von der Regierung beschlossen worden. Präsentiert wird die Rechnung 2018 kurz vor den Wahlen vom 31. März. Das veran-

## Zwei Drittel gehen an die Kantone

**Nationalbank** Massgebend für die Verteilung der Gewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist die mittlere Wohnbevölkerung. Deshalb erhalten die Kantone Zürich, Bern und Waadt 2019 mit Abstand am meisten Geld: 236 beziehungsweise 162 und 124 Millionen Franken.

Für die Jahre von 2016 bis 2020 haben das eidgenössische Finanzdepartement und die SNB wie bereits für die Periode zwischen 2011 und 2015 eine Gewinnausschüttung von jährlich einer Milliarde Franken an den Bund und die Kantone festgelegt. Übersteigt die Ausschüttungsreserve den Betrag von 20 Milliarden Franken, wird eine weitere Milliarde verteilt – zwei Drittel davon fliessen an die Kantone, ein Drittel geht an den Bund. Nach den für 2019 erfolgten Zahlungen beträgt die Reserve noch immer rund 45 Milliarden Franken. (nus)

schlugte Minus von 43,6 Millionen soll sich gemäss einer Hochrechnung vom September auf rund 34 Millionen reduzieren.

### Hinweis

Einen weiteren Beitrag zur SNB finden Sie auf Seite 11.

# Elefantenrunde lanciert das Wahljahr 2019

**Luzern** Grosses Stelldichein: Die Präsidenten der Kantonalparteien machten an einer Podiumsdiskussion ihre Ansprüche für das kommende Wahljahr geltend. Doch umkämpfte Diskussionen gab es um etwas anderes.

Am 31. März wählt Luzern ein neues Kantonsparlament. Gleichzeitig steht der erste Wahlgang der Regierungswahlen an. Und nur sieben Monate später wird entschieden, wer Luzern als Stände- und Nationalrat vertritt. Die Wahlen bewegen. Das zeigte auch das Interesse an der gestrigen Podiumsdiskussion im Grand Casino Luzern. Gut 80 Personen folgten dem Ruf des Info-Forums Freies Unternehmertum, das zur Elefantenrunde mit den Präsidenten der Kantonalparteien geladen hatte.

Moderiert wurde die Diskussion von Jérôme Martinu, Chefredaktor dieser Zeitung, sowie Christian Peter Meier, seinem Stellvertreter und Leiter der regionalen Ressorts. Letzterer fand mit Blick auf die anstehenden Kantonsratswahlen und die Ambitionen der Parteien, es sei wie beim Differenzler: «Es wurden mehr Sitze angesagt, als gemacht werden können.»

Die SVP etwa will die grosse Gewinnerin der Wahl werden. Präsidentin Angela Lüthold-Sidler: «Ja, es ist ein ambitioniertes Ziel, aber genau solche brauchen wir. Wir haben 6 Prozent Rückstand auf die CVP. Wenn wir am Ende auch noch wählerstärkste Partei werden, wäre das Ziel vollumfänglich erreicht.» Ähnlich hoch ist die Zielvorgabe bei der FDP, die von Platz drei auf Platz zwei vorrücken will. Präsident

Markus Zenklusen pragmatisch: «Unsere Delegierten sind mit diesem Ziel einverstanden, und ich glaube, es ist machbar.»

## Sanfte Debatte um Frauenfrage

Auch die Grünliberalen und Grünen wollen zulegen. «Ökologische Themen beschäftigen die Bevölkerung», sagte Grünen-Präsident Maurus Frey. Und GLP-Präsident Roland Fischer, dessen Partei bei den Wahlen

2015 einen Sitz einbüsste: «Damals wurden wir unter Wert geschlagen, heuer wollen wir zwei bis drei Sitze dazugewinnen.» Die leisesten Töne schlug SP-Kantonsrat Giorgio Pardini an, der den verhinderten Präsidenten David Roth vertrat: «Wir wollen unsere Sitze ganz sicher halten und zulegen, wenn es möglich ist. Ganz wichtig ist aber, dass wir zu einem gleichbedeutenden Partner wie die Bürgerlichen werden.»

Damit schlug er die Brücke zur bürgerlichen Regierung und zur Frauenfrage, die in Wirtschaft und nationaler Politik heftig diskutiert wird. Bekanntlich ist keine Frau in der Luzerner Kantonsregierung. In der Diskussion war der Tenor bei den Parteien in etwa der gleiche: Es sei sicher nicht optimal, dass keine Frau vertreten sei, aber nicht das Geschlecht, sondern die Qualifikation würde entscheiden. Aber natürlich sei man auch an dieser

Front nicht untätig. Angela Lüthold-Sidler als einzige Frau sagte dazu: «Um in der Politik zu bestehen, braucht es Selbstbewusstsein und Willen. Wenn eine Frau will, dann kann sie auch.»

## Steuerpolitik sorgt für Reibung

Die Debatte war über weite Teile unaufgeregt. Schärfer wurde der Ton, als die Steuerpolitik des Kantons Luzern zur Sprache kam – und damit die Halbierung der Unternehmenssteuern im Jahr 2012. «Damals hat man die Steuern ohne Ziel, sondern nur aus ideologischen Gründen halbiert, das kritisieren wir nach wie vor», so SP-Kantonsrat Pardini. Woraufhin CVP-Präsident Christian Ineichen entgegnete: «Diesen Vorwurf hört man aus dem linken Lager immer wieder. Zwar braucht es Nachjustierungen, aber es ist erwiesen, dass die Steuerstrategie greift.»

Ineichen wurde zudem gefragt, ob er einen Grossangriff der Konkurrenz bei den Wahlen fürchte. Darauf sagte dieser: «Wir mögen ambitionierte Gegner. Uns ist wichtig, mit einer grossen Anzahl guter Kandidaten anzutreten. Und das haben wir geschafft.» Wie gut die Kandidaten der Parteien sind, wird sich zeigen. Am 31. März.

**Kilian Küttel**  
kilian.kuettel@luzernerzeitung.ch

«Für ein gutes Resultat im Herbst brauchen wir ein gutes Resultat im Frühling.»



**Christian Ineichen**  
Präsident CVP

«Die konservative Regierung hat den Kanton Luzern in einen Stillstand gebracht.»



**Roland Fischer**  
Präsident GLP

«Steuersenkungen sind kein Ziel, sondern eine Massnahme.»



**Giorgio Pardini**  
Kantonsrat SP

## Hauswirtschaft: Regierung handelt

**Bildung** Die Schüler der 9. Klasse werden auch nach der Einführung des Lehrplans 21 aufs Schuljahr 2019/20 hin zwei Lektionen Hauswirtschaftsunterricht als Wahlpflichtfach besuchen können. Laut Mitteilung der Staatskanzlei hat der Regierungsrat beschlossen, die Wochenstundentafel in der 9. Klasse im neuen Fach Wirtschaft, Arbeit, Haushalt um diese zwei Wahlpflichtlektionen zu ergänzen. Eine Lektion war bereits Pflicht. Die Anpassung geht auf ein erheblich erklärtes Postulat von Priska Wismer (CVP, Rickenbach) zurück. (pd/fi)

### ANZEIGE



«Unsere Kunden sind bereit, unternehmerisches Risiko zu übernehmen, und schaffen mit ihrem täglichen Engagement wertvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze.»

Gemeinsam schaffen wir Wohlstand für alle!

